

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **EU-China-Gipfel raus aus Leipzigs Innenstadt – keine Einschränkungen demokratischer Grundrechte zulassen!**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

unverzüglich mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten gegenüber der Bundesregierung und im Bund darauf hinzuwirken, dass das für den 13. und 14. September 2020 in der Messestadt Leipzig geplante Treffen von 27 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union mit dem Ministerpräsidenten der Volksrepublik China (EU-China-Gipfel) nicht in einem Umkreis von mindestens 5 km des Innenstadtrings, vorzugsweise auf dem Gelände und im unmittelbaren Umfeld der Leipziger Messe stattfindet und dabei zugleich sicherzustellen, dass

- die Stadt Leipzig und deren Verantwortungsträger*innen sowie der Landtag über den Vorbereitungsstand und die Auswirkungen der Gipfel-Veranstaltung auf die Leipziger Stadtgesellschaft informiert werden;
- die Stadt Leipzig und deren Verantwortungsträger*innen in die unmittelbaren Vorbereitungen und Planungen der Gipfel-Veranstaltung einbezogen werden;
- der für Inneres zuständige Ausschuss des Landtages zeitnah über das Sicherheitskonzept der Gipfel-Veranstaltung unterrichtet wird;
- rechtzeitig eine umfassende und transparente Information der Einwohner*innen der Stadt Leipzig über die Auswirkung der Gipfel-Veranstaltung für sie und die Stadt erfolgt;
- die ggf. erforderlich werdenden verkehrlichen und sicherheitsrelevanten Auswirkungen der Gipfel-Veranstaltung für die Stadt Leipzig und ihre Einwohner*innen auf das notwendige Mindestmaß beschränkt werden;
- keinerlei Einschränkungen des Versammlungs- und Demonstrationsrechts in der Stadt Leipzig im Vorfeld und für die Dauer der Gipfel-Veranstaltung erfolgen;

und den Landtag über die von ihr ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse regelmäßig zu unterrichten.

Dresden, den 10.03.2020

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Bereits seit September 2019 steht fest, dass in der Zeit vom 13. bis zum 14. September 2020 in der Messestadt Leipzig der sogenannte EU-China-Gipfel stattfinden soll, an dem die Staats- und Regierungschefs der EU und der Ministerpräsident der Volksrepublik China teilnehmen werden.

Nach dem derzeitig bekannten Planungsstand soll die Gipfel-Veranstaltung zentrums- bzw. innenstadtnah stattfinden. Damit verbunden sind extrem strenge Sicherheitsvorkehrungen und damit einhergehend Einschränkungen des Verkehrs und Umwege für viele Leipziger. Dies wird die Akzeptanz solcher Treffen nicht stärken.

Von einem solchen internationalen politischen Großereignis werden erfahrungsgemäß insbesondere auf Grund extrem strenger Sicherheitsvorkehrungen immense Auswirkungen auf das innerstädtische Leben in Leipzig und deren Einwohner*innen ausgehen.

Infolge dessen wird die Gipfel-Veranstaltung nach derzeitig bekannten Planungen nicht nur mit umfangreichen Sperrungen im Innenstadtbereich und spürbaren Beeinträchtigungen öffentlichen Personennahverkehrs, PKW- und Fußgängerverkehrs, des öffentlichen Lebens im Stadtzentrum verbunden sein, sondern mit weitergehenden Einschränkungen demokratischer Grundrechte, insbesondere des Demonstrations- und Versammlungsrechts für die Dauer der Gipfel-Veranstaltung.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE gibt es in Peripherie der Messestadt Leipzig, insbesondere im Bereich und im unmittelbaren Umfeldes der Leipziger Messe, genügend dem internationalen Anlass angemessene, entsprechend qualitativ hochwertige und repräsentative örtliche sowie räumliche Möglichkeiten für eine Tagung dieser Dimension.

Damit würden die o. g. erwartbaren erheblichen Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der Stadtgesellschaft von Anfang an vermieden bzw. auf ein erträgliches Mindestmaß beschränkt. Zugleich würde die Stadt Leipzig als internationaler Messestandort und die Leipziger Messe GmbH als Beteiligungsunternehmen des Freistaates Sachsen eine entsprechende europaweite Beachtung und Anerkennung erfahren.